

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

14. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.04.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:05 Uhr
Sitzungsort:	Roter Saal, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit- SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
David Jenniches- AfD	
Ulrich Krause- CDU	
Oliver Prieur- CDU	
Peter Reinhardt- SPD	
Bernhard Simon- CDU	
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen	
Katjana Zunft- Die Linke	
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Anka Grädner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL	
Lothar Möller- BfL	
Thomas-Markus Leber- FDP	
Verwaltung	
Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	anwesend ab 16:35 Uhr/TOP 1.1
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Elke Sasse- Frauenbüro	anwesend öffentl. Teil bis TOP 5.3/17:00 Uhr
Wolf-Dieter Barteck- 1.203 - Beteiligungscontrolling	

Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Gisela Heinrich- 1.110 POS	anwesend öffentl. Teil bis TOP 5.3/17:00 Uhr
Guido Kaschel- 5.691 Lübeck Port Authority	anwesend öffentl. Teil bis TOP 8.1/17:44 Uhr
Dr. Olga Koop- FBC 3	anwesend öffentl. Teil bis TOP 8.1/17:44 Uhr
Ralf Kuschmierz- FBC FB 2	anwesend öffentl. Teil bis TOP 8.1/17:44 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann- Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	
Zuhörerinnen und Zuhörer-	
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm- Seniorenbeirat	
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
André Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Thomas Rathcke- FDP	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.03.2019
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des BM Thomas Rathcke (FDP) zur Jugendhilfeplanung Vorlage: VO/2019/07334
3.2.	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Barrierefreiheit der Lübecker Webseiten Vorlage: VO/2019/07405
3.3.	Die Unabhängigen: Anfrage des AM Detlev Stolzenberg: Raumsituation der Verwaltung der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07412
3.4.	Antwort des FB 5 betr. Sachstand der Umsetzung der Voruntersuchungen zum Ausbau des Dachgeschosses der OzD
3.5.	Anfrage des Ausschussmitglieds Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Fluktuation Vorlage: VO/2019/07467
3.6.	Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen): Radschnellweg Bad Schwartau - Innenstadt - Groß Grönau Vorlage: VO/2019/07474
3.7.	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Nur binäre Geschlechtsbezeichnungen Vorlage: VO/2019/07485
3.8.	Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Nichtteilnahme von Senator Hinsén an einem Gespräch mit der Gruppe FridaysForFuture Vorlage: VO/2019/07502
3.9.	Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Gewerbesteuerereinnahmen in Lübeck Vorlage: VO/2019/07503
3.10.	Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Wirtschaftliche Bedeutung des Seelandkais Vorlage: VO/2019/07505
3.11.	Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahlrechtsausschlüsse in Lübeck

	Vorlage: VO/2019/07509
3.12.	Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd Vorlage: VO/2019/07510
3.13.	NEU: Mitteilung zum Jahresabschluss 2018 (Bgm.)
3.14.	NEU: Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen) betr. das Sanierungsprogramm für die Lübecker Altstadt
4.	Berichte
4.1.	Wildblumenwiese an der Drehbrücke Vorlage: VO/2019/07267
4.2.	Berücksichtigung von Vergnügungsstätten in der Stadtplanung Vorlage: VO/2019/07310
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Satzung zur Einrichtung eines Behindertenbeirats gem. § 47d GO Vorlage: VO/2019/07130
5.2.	Stadt-Grün verbindet - Freiraumprogramm für öffentliche Grün- und Freiflächen Vorlage: VO/2019/07070
5.3.	Projektfreigabe für Fahrbahnsanierungen in der Hansestadt Lübeck 2019 - investiv Vorlage: VO/2019/07178
5.4.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Schlutupkai I, Kaimauerertüchtigung und Flächenherrichtung Vorlage: VO/2019/07308
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	CDU - Schutz der Veranstaltungen im Rathaus Vorlage: VO/2018/06695
6.1.1.	DIE LINKE: Änderungsantrag zu Antrag CDU - Schutz der Veranstaltungen im Rathaus VO/2018/06695 Vorlage: VO/2019/07451
6.1.2.	Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum Antrag der CDU-Fraktion betr. Schutz der Veranstaltungen im Rathaus (Sitzung der Bürgerschaft 29. November 2018, TOP 5.11, VO/2018/6695) Vorlage: VO/2019/07295
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern

8.	Verschiedenes
8.1.	NEU: mündl. Nachfrage des AM Detlev Stolzengerg (Die Unabhängigen) betr. die Teilnahme der HL an Veranstaltungen
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

Öffentlicher Teil

- Anfrage des AM Katjana Zunft betr. Nur binäre Geschlechterbezeichnungen
 - **Behandlung NEU TOP 3.7/VO 7485**

- Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Nichtteilnahme von Senator Hinsen an einem Gespräch mit der Gruppe FridaysForFuture
 - **Behandlung NEU TOP 3.8/VO 7502**

- Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Gewerbesteuerereinnahmen in Lübeck
 - **Behandlung NEU TOP 3.9/VO 7503**

- Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Wirtschaftliche Bedeutung des Seelandkais
 - **Behandlung NEU TOP 3.10/VO 7505**

- Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahlrechtsausschlüsse in Lübeck
 - **Behandlung NEU TOP 3.11/VO 7509**

- Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd
 - **Behandlung NEU TOP 3.12/VO 7510**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Behindertenrat aufgrund noch notwendigen Abstimmungsbedarfes empfiehlt den TOP 5.1 zu vertagen.

***Der Hauptausschuss ist einstimmig
mit der Vertagung des TOP 5.1
einverstanden.***

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Beratung des TOP 5.2 im Bauausschuss noch

nicht erfolgt ist und empfiehlt daher die Vertagung des TOP 5.2.

***Der Hauptausschuss ist einstimmig
mit der Vertagung des TOP 5.2
einverstanden.***

Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass der unter TOP 4.2 aufgeführte Bericht betr. Berücksichtigung von Vergnügungsstätten in der Stadtplanung versehentlich schon auf die heutige Tagesordnung gekommen ist und soll erst nach Beratung in den Fachausschüssen am 21.05. behandelt werden. Der Bericht soll daher zurückgestellt werden.

***Der Hauptausschuss ist einstimmig
mit der Zurückstellung des TOP 4.2
einverstanden.***

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er schlägt vor, über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den als nichtöffentlich angemeldeten TOP 10 bis 12 „en bloc“ abzustimmen.

***Der Hauptausschuss ist einstimmig „en bloc“
mit der vorgeschlagenen Zuordnung der
Tagesordnungspunkte 10 bis 12 in den
nicht-öffentlichen Teil einverstanden.***

Er lässt über die Zuordnung des für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 13.1 einzeln abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 13.1 zu.***

Abschließend weist der Vorsitzende auf eine eingegangene eMail des AM Stolzenberg hin, mit welcher Herr Stolzenberg darauf hinweist, dass in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.03.2019 bei der Zuordnung des Tagesordnungspunktes 13.6 zum nichtöffentlichen Teil nicht entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung S.-H. vorgegangen wurde. Es hätte kein Antrag zur Abstimmung über eine öffentliche Beratung des TOP 13.1 gestellt werden müssen.

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder für zukünftige Sitzungen zu beachten, dass keine Anträge für eine öffentliche Beratung eines Tagesordnungspunktes zu stellen sind.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.03.2019

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.***

zu 3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
-------------	--

zu 3.1	Anfrage des BM Thomas Rathcke (FDP) zur Jugendhilfeplanung Vorlage: VO/2019/07334
---------------	--

Frau Senatorin Weiher teilt mit, dass der TOP erneut vertagt werden müsse, da die notwendige Zuarbeitung des FB 2 noch ausstehe.

Herr Bürgermeister Lindenau bittet darum, den TOP erst dann wieder für die Tagesordnung aufzurufen, wenn die Antwort vorliege.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.2	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Barrierefreiheit der Lübecker Webseiten Vorlage: VO/2019/07405
---------------	---

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass an der Beantwortung der Anfrage noch gearbeitet werde.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.3	Die Unabhängigen: Anfrage des AM Detlev Stolzenberg: Raumsituation der Verwaltung der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07412
---------------	---

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass geplant sei nach der Sommerpause ein umfangreiches Papier zur Raumsituation der Verwaltung der Hansestadt Lübeck zugänglich zu machen und fragt daher, ob es weiterhin erforderlich sei die einzelnen Aspekte der Anfrage zu beantworten. Vorgesehen sei, dass die Einzelaspekte ohnehin Bestandteil des Gesamtberichtes werden.

Herr Stolzenberg erklärt sich mit der Beantwortung der Einzelaspekte im Gesamtbericht einverstanden und zieht seine Anfrage zurück.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.4	Antwort des FB 5 betr. Sachstand der Umsetzung der Voruntersuchungen zum Ausbau des Dachgeschosses der OzD
---------------	---

Frau Senatorin Hagen teilt mit, dass der Ausbau des Dachgeschosses der OzD im FB 5 noch nicht als konkretes Projekt bestehe und demzufolge bisher noch keine Mittel für diese Maßnahme veranschlagt seien.

Weiterhin erklärt Frau Senatorin Hagen, dass vom Bereich Denkmalpflege liegt eine schriftliche Stellungnahme vorliege, die den angedachten Ausbau des Dachgeschosses zulässt. Für dieses Jahr sei geplant, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Im Anschluss kann das GMHL den Auftrag für die Erstellung der EW-Bau entsprechend der ermittelten Kosten voraussichtlich ohne ein VgV-Verfahren zur Ermittlung der Fachplaner auslösen.

Der Vorsitzende äußert Bedenken zur Richtigkeit der von Frau Senatorin Hagen gemachten Ausführungen. Mehrere Ausschussmitglieder seien der Ansicht, dass eine Veranschlagung der Mittel für die Durchführung der Maßnahme bereits erfolgt sei. Frau Senatorin Hagen sagt eine Klärung zu.

Frau Senatorin Weiher weist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel in den Lübecker Nachrichten vom 16.04.2019 hin, aus welchem hervorgehe, dass kein Ausbau der Lübecker Gymnasien erforderlich sei. Frau Senatorin Weiher erklärt, dass die Berichterstattung nicht korrekt sei. Es werden durchaus zusätzliche Räumlichkeiten benötigt, da durch den Ausbau von G8 auf G9 ein ganzer Klassenzug mehr entstehe.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.5	Anfrage des Ausschussmitglieds Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Fluktuation Vorlage: VO/2019/07467
---------------	--

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass die Themen der Fluktuation und Beendigung von Arbeitsverträgen in dem Personalbericht 2018 (VO/2019/06688) umfänglich dargestellt seien, unter anderem auch mit statistischen Auswertungen und regt daher an zu überprüfen, ob die Antworten zu den in der Anfrage gestellten Fragestellungen dem Personalbericht entnommen werden können.

Aufgrund der Abwesenheit von Frau Duggen bittet Herr Fürter um Zurückstellung der Anfrage bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 07.05.2019.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.6	Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen): Radschnellweg Bad Schwartau - Innenstadt - Groß Grönu Vorlage: VO/2019/07474
---------------	---

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.7	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Nur binäre Geschlechtsbezeichnungen Vorlage: VO/2019/07485
---------------	---

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass die von vielen Gemeinden eingeführte Variante in Stellenausschreibungen neben weiblich (w), männlich (m) auch ein „d“ für diverse zu verwenden, laut Auffassung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nicht statthaft sei. Die Hansestadt Lübeck habe daher bisher von der Einführung des „d“ abgesehen. Es bestehe mit den zuständigen Verwaltungsstellen, unter anderem dem Personalservice und dem Frauenbüro, eine Arbeitsgruppe, welche bereits Ergebnisse zur Einführung geschlechterneutrale Formulierungen für den gesamten Geschäftsverkehr der Hansestadt Lübeck vorgelegt habe. Die abschließende Einführung entsprechender Formulierungen werde noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

Eine Nachfrage von Frau Zunft beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass in der Arbeitsgruppe Personen mitwirken, welche zweifellos über die erforderliche fachliche Kompetenz verfügen.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.8 Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen):
Nichtteilnahme von Senator Hinsen an einem Gespräch mit der Gruppe Fri-
daysForFuture
Vorlage: VO/2019/07502**

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, den TOP nach der Urlaubsrückkehr von Herrn Senator Hinsen erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Hauptausschuss nimmt zustimmend Kenntnis.

**zu 3.9 Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Ge-
werbesteuerereinnahmen in Lübeck
Vorlage: VO/2019/07503**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass eine Beantwortung nicht möglich ist, da die geforderten Angaben dem Steuergeheimnis unterliegen.

Herr Bürgermeister Lindenau weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass oftmals dem Impressum der Firmensitz zu entnehmen sei und damit auch der Ort der Gewerbesteuerpflicht.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.10 Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen):
Wirtschaftliche Bedeutung des Seelandkais
Vorlage: VO/2019/07505**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.11 Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahlrechtsausschlüsse
in Lübeck
Vorlage: VO/2019/07509**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 07.05.20019 zu, sodass eine Antwort noch vor der anstehenden Europawahl vorliegt.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.12 Anfrage des stellv. AM Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen): Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd
Vorlage: VO/2019/07510**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass Antworten zu den gestellten Fragen der Vorlage VO/2018/05666 zu entnehmen seien. Lediglich die Frage 7 zu der Baugenehmigung sei noch nicht beantwortet. Hierzu werde nochmals gesondert eine Antwort zur Kenntnis gegeben.

Herr Dr. Flasbarth teilt hierzu mit, dass er der Vorlage VO/2018/05666 keine Angaben zu den mit Frage 1 und Frage 2 geforderten Ermächtigungen entnehmen konnte. Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine Klärung zu.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.13 NEU: Mitteilung zum Jahresabschluss 2018 (Bgm.)

Herr Uhlig hat den Ausschussmitgliedern eine Kurzinformation zum Jahresabschluss 2018, sowie zum Haushaltsplan der Hansestadt Lübeck 2019 umverteilt.

Herr Bürgermeister Lindenau führt erläuternd aus, dass die Hansestadt Lübeck im Jahr 2018 einen Überschuss in Höhe von 96,7 Mio. Euro erzielt habe. Dies sei der höchste Überschuss seit Aufstellung des Haushaltes. Die erzielten Überschüsse ermöglichten es bereits die Höhe der Kassenkredite zu reduzieren.

Auf Nachfrage von Herrn Fürter bestätigt Herr Uhlig, dass die Schuldenhöhe 1,25 Milliarden Euro beträgt. Weiterhin führt Herr Uhlig aus, dass Kassenkredite in Höhe von 175 Millionen Euro bestehen. Hiervon werden 15 Millionen Euro im Jahr 2019 getilgt. Die Bilanzsumme beträgt 1,54 Milliarden Euro. Der Anstieg der Bilanzsumme ist auf das gestiegene Anlagevermögen zurückzuführen.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.14 NEU: Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen) betr. das Sanierungsprogramm für die Lübecker Altstadt

Herr Dr. Flasbarth weist auf einen Bericht in den Lübecker Nachrichten aus Dezember 2018 betreffend ein Sanierungsprogramm für die Lübecker Altstadt hin und bittet um Mitteilung des Sachstandes. Frau Senatorin Hagen teilt mit, dass hierzu umfassend im Bauausschuss berichtet worden sei.

***Der Hauptausschuss nimmt die
mündliche Antwort
zur Kenntnis.***

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Wildblumenwiese an der Drehbrücke Vorlage: VO/2019/07267
---------------	---

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht
zur Kenntnis.***

zu 4.2	Berücksichtigung von Vergnügungsstätten in der Stadtplanung Vorlage: VO/2019/07310
---------------	---

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Satzung zur Einrichtung eines Behindertenbeirats gem. § 47d GO Vorlage: VO/2019/07130
---------------	--

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Einrichtung eines Beirats für Menschen mit Behinderungen wird beschlossen.

zu 5.2	Stadt-Grün verbindet - Freiraumprogramm für öffentliche Grün- und Freiflächen Vorlage: VO/2019/07070
---------------	---

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Beschlussvorschlag:

1. Für die Stadtgrün-Schwerpunkte Stadt-Gärten, Stadt-Plätze, Stadt-Wege, Stadt-Flur und halbprivate Nutzungsformen gelten die im Grundlagenbericht formulierten Ziele der Freiraumversorgung in der Hansestadt Lübeck.
2. Mit der Erstellung des Freiraumentwicklungsplans wird gruppe F Landschaftsarchitekten beauftragt, vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft zu Punkt 1.

zu 5.3	Projektfreigabe für Fahrbahnsanierungen in der Hansestadt Lübeck 2019 - investiv Vorlage: VO/2019/07178
---------------	--

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass eine Sanierung des Teilstückes zwischen dem Berliner Platz und der Körnerstraße nicht vorgesehen sei. Die in der Vorlage vorgesehene Maßnahme sei darin begründet, dass die Entsorgungsbetriebe der Hansestadt Lübeck in den betroffenen Straßenzügen im Vorwege Leitungsarbeiten vornehmen und in diesem Zusammenhang in Abstimmung mit den Entsorgungsbetrieben die Sanierung der Straßenzüge erfolge.

Eine Nachfrage von Herrn Simon inwiefern vorgesehen sei auf Ausweichstrecken hinzuweisen, beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass diese Thematik aktuell mit großer Priorität bearbeitet werde. Es sei vorgesehen spätestens nach der Sommerpause ein Konzept zur Kommunikation von Baustellen vorzulegen.

Frau Senatorin Hagen fügt ergänzend hinzu, dass der Vorlage auf Seite 4 unter „Zeitplan“ zu entnehmen sei, dass umfangreiche Abstimmungsgespräche erfolgen, damit die Belastung so gering wie möglich gehalten werde.

Beschlussvorschlag:

Die Projektfreigabe für die in der Vorlage genannten Straßen wird erteilt; mit den Maßnahmen darf begonnen werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.4	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Schlutupkai I, Kaimauerertüchtigung und Flächenherrichtung Vorlage: VO/2019/07308
---------------	--

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg betreffend die hafenwirtschaftliche Bedeutung des Schlutupkai I, teilt Herr Kaschle mit, dass eine intensive wirtschaftliche Nutzung des Kais erfolge, insbesondere durch die Firma Grohmann. Die vorgesehenen Investitionen können wirtschaftlich durch Mieteinnahmen gedeckt werden.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Maßnahme Schlutupkai I, Kaimauerertüchtigung und Flächenherrichtung wird begonnen.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 6.1	CDU - Schutz der Veranstaltungen im Rathaus Vorlage: VO/2018/06695
---------------	---

- siehe Protokollierung unter TOP 6.1.1 -

Als Ergebnis der Diskussion unterbreitet Herr Prieur den Vorschlag, die Absätze 2 und 4 des Antrages der CDU Fraktion unter TOP 6.1 zu streichen und sodann über den geänderten

Antrag der CDU abzustimmen.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag der CDU abstimmen.

Antrag:

Das Lübecker Rathaus ist seit dem Mittelalter der Ort für politische Debatten und Meinungsbildung in der Hansestadt. Es sollte auch zukünftig als offenes Haus für den politischen Meinungsaustausch zur Verfügung stehen. Dennoch muss der Schutz von Mitarbeitern, Gästen und der Kunstschatze und Kulturgüter, die sich im Rathaus befinden, gewährleistet werden.

~~Dazu ist es erforderlich, dass jederzeit nachvollziehbar ist, wer sich im Rathaus befindet. Denn Randalieren und Vandalismus haben im Gebäude nicht zu suchen.~~

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion beantragt daher, dass der Bürgermeister Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, die die Sicherheit herstellen ohne zu vermehrten Kosten für die Veranstalter zu führen.

~~In diesem Zusammenhang soll eine Ausweitung der technischen Sicherung durch Kameras an allen Aus- und Eingängen und einer Speicherung der Aufnahmen im Rahme der gesetzlichen Möglichkeiten geprüft und bilanziert werden.~~

***Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich
(bei 10 Ja-Stimmen und 2 Gegen-Stimmen)
an.***

zu 6.1.1 DIE LINKE: Änderungsantrag zu Antrag CDU - Schutz der Veranstaltungen im Rathaus VO/2018/06695 Vorlage: VO/2019/07451

Auf Bitte des Vorsitzenden führt Frau Voskuhl erklärend aus, dass der Ältestenrat gemäß Geschäftsordnung eine klar definierte Funktion habe, welche eine Entscheidung in dieser Sache nicht zulasse. Frau Voskuhl verweist auf die bereits im Vorwege der Sitzung durch den Bereich Recht gegebene Empfehlung, das Treffen einer Entscheidung der Verwaltung zu überlassen ggf. nach Rücksprache mit dem Ältestenrat.

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Prieur, Frau Zunft, Herr Bürgermeister Lindenau, Herr Fürter, Herr Krause, Frau Grädner, Herr Jeniches, Herr Simon, Herr Reinhardt und der Vorsitzende.

Als Ergebnis der Diskussion unterbreitet Herr Prieur den Vorschlag die Absätze 2 und 4 des Antrages der CDU Fraktion unter TOP 6.1 zu streichen und sodann über den geänderten Antrag der CDU abzustimmen.

Frau Zunft zieht den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke unter TOP 6.1.1 zurück.

Änderungsantrag:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Das Lübecker Rathaus soll den Menschen offen stehen und den historischen Geist Lübecks als weltoffener Stadt widerspiegeln.

Deshalb ist das Rathaus vor polarisierenden Veranstaltungen, die Menschen ausschließen, zu schützen. Polarisierende Veranstaltungen, die für den Einlass Voranmeldungen, Ausweiskontrollen, Polizeikräfte und Sicherheitsdienste benötigen und bei denen zu befürchten steht, dass es zu durch die Veranstaltung provozierten Eskalationen kommen könnte, gehören nicht ins Rathaus. Denn: Veranstaltungen, die Randalierer und Vandalismus anlocken, haben im Gebäude grundsätzlich nichts zu suchen.

Veranstaltungen mit parteipolitischem Charakter - auch wenn die Fraktionen die Einladenden sind - insbesondere vor und während Wahlkämpfen, sind zu unterlassen.

Im Zweifel entscheidet der Ältestenrat

Der Änderungsantrag ist zurückgezogen.

zu 6.1.2 Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum Antrag der CDU-Fraktion betr. Schutz der Veranstaltungen im Rathaus (Sitzung der Bürgerschaft 29. November 2018, TOP 5.11, VO/2018/6695) Vorlage: VO/2019/07295

- siehe Protokollierung unter TOP 6.1.1 -

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern
--

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 NEU: mündl. Nachfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Teilnahme der HL an Veranstaltungen
--

Herr Stolzenberg bittet um Information, wie das Verfahren sei, mit der Verwaltung ins Gespräch zu gelangen. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass grundsätzlich jede Anfrage an den Bürgermeister zu richten sei, von wo aus diese dann ggf. entsprechend weiter delegiert werden.

Bezüglich der von Herrn Stolzenberg konkret benannten Absage der Verwaltung an einem Gespräch betreffend die Häufung von Verkehrsunfällen auf der Krummesser Landstraße teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass die Begründung der Absage darin liege, dass die Untersuchungen zur Unfallursache noch nicht abgeschlossen gewesen seien. Herr Bürgermeister Lindenau fügt ergänzend hinzu, dass es sich bei der Krummesser Landstraße um eine Kreisstraße handle, wodurch die Zuständigkeit der Hansestadt Lübeck sehr begrenzt sei.

Der Hauptausschuss nimmt die mündliche Antwort zur Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 17:44 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und die nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 17:55 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 7. Mai 2019

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
15. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.05.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	17:49 Uhr	
Sitzungsort:	Roter Saal, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD		
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn André Kleyer	
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand- CDU	Vertretung für: Herrn Oliver Prieur	
Ulrich Krause- CDU		
Peter Reinhardt- SPD		
Bernhard Simon- CDU		
Heiko Steffen- AfD	Vertretung für: Herrn David Jenniches	
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen		
Katjana Zunft- Die Linke		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL		
Thomas-Markus Leber- FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke	
Lothar Möller- BfL		
Verwaltung		
Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	anwesend ab 16:40 Uhr/TOP 3.3	
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen		
Oliver Groth- 1.101 Bürgermeisterkanzlei		
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Referent		

Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	
Pia Becker- 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Marion Höfs- FBC FB 2	
Guido Kaschel- 5.691 Lübeck Port Authority	
Beate Lege- 1.102 - Logistik, Statistik und Wahlen	
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Ulfert Eggert- PR FB5 - 1. stellv. Vorsitzender	
Ludwig Klemm- Gesamtpersonalrat	
Protokollführung	
Nadine Markmann- Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	
Zuhörerinnen und Zuhörer-	
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm- Seniorenbeirat	
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
David Jenniches- AfD	- entschuldigt -
André Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Oliver Prieur- CDU	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.04.2019
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum KITA-Sofortprogramm 2019 Vorlage: VO/2019/07387
3.1.1.	Antwort zur Anfrage VO/2019/07387 des AM Thomas Rathcke (FDP) zum KiTa-Sofortprogramm 2019 Vorlage: VO/2019/07428
3.2.	Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Fahrradverleihsystem 2019 Vorlage: VO/2019/07398
3.2.1.	Antwort auf die Anfrage von Herrn AM Thorsten Fürter betr. eines Fahrradverleihsystems 2019 Vorlage: VO/2019/07491
3.3.	Anfrage des Ausschussmitglieds Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Fluktuation Vorlage: VO/2019/07467
3.4.	Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Nichtteilnahme von Senator Hinsen an einem Gespräch mit der Gruppe FridaysForFuture Vorlage: VO/2019/07502
3.5.	Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahlrechtsausschlüsse in Lübeck Vorlage: VO/2019/07509
3.5.1.	Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahlrechtsausschlüsse in Lübeck, VO/2019/07509 Vorlage: VO/2019/07521
3.6.	NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. E-Tretroller
3.7.	NEU: mündl. Mitteilung des AM Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen) betr. die Anfrage zum Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd VO/2019/07510
3.8.	NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90 7 Die Grünen) betr. Logistikhallen am Skandinavienkai

3.9.	NEU: mündl. Anfrage des AM Krause (CDU) betr. den Sachstand zum Verkehrs- und Mobilitätskonzept Travemünde
3.10.	NEU: mündl. Mitteilung Sen. Hagen betr. Dachausbau OzD
3.11.	NEU: mündl. Anfrage des AM stellv. AM Steffen (AfD) betr. die Situation am Krähenteich
3.12.	NEU: mündl. Anfrage des AM Simon (CDU) betr. eingerüstete städtische Gebäude
4.	Berichte
4.1.	Sachstand zum Hafenentwicklungsplan 2030 - Start des öffentlichen Beteiligungsverfahrens Vorlage: VO/2019/07403
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Verleihung der Goldenen Ehrendenkmünze "Bene Merenti" an die Possehl Stiftung Vorlage: VO/2019/07513
5.2.	Stadt-Grün verbindet - Freiraumprogramm für öffentliche Grün- und Freiflächen Vorlage: VO/2019/07070
5.3.	Instandsetzung der Straßenbrücke Vorrade (BW 77) - Projektfreigabe Vorlage: VO/2019/07377
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Verschiedenes
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 12.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 12.2 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 13.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Behandlung
des TOP 13.2 zu.***

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.04.2019

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

***Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der
Niederschrift zurück.***

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum KITA-Sofortprogramm 2019 Vorlage: VO/2019/07387
--

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.1.1 Antwort zur Anfrage VO/2019/07387 des AM Thomas Rathcke (FDP) zum KiTa-Sofortprogramm 2019
Vorlage: VO/2019/07428**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.2 Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Fahrradverleihsystem 2019
Vorlage: VO/2019/07398**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.2.1 Antwort auf die Anfrage von Herrn AM Thorsten Fürter betr. eines Fahrradverleihsystems 2019
Vorlage: VO/2019/07491**

Bezug nehmend auf die vorliegende Antwort bittet Herr Fürter um Mitteilung, wann und mit welchem Ergebnis die in der Antwort zu Frage 1 erwähnten Gespräche stattgefunden haben. Frau Senatorin Hagen sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Eine weitere durch Herrn Fürter gestellte Nachfrage beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau dahingehend, dass sich in der Verwaltung kein Mitarbeiter mit der Einführung eines Verleihsystems für E-Tretroller beschäftigt. Die Einführung eines Verleihsystems für E-Tretroller erfolge auf Initiative des Stadtverkehrs.

Auf Nachfrage von Herr Dr. Flasbarth teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass es sich bei dem in der Antwort zu Frage 2 genannten neuen Mitarbeiter nicht um die Wiederbesetzung des Fahrradbeauftragten handle.

***Der Hauptausschuss nimmt die Antwort
zur Kenntnis.***

**zu 3.3 Anfrage des Ausschussmitglieds Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Fluktuation
Vorlage: VO/2019/07467**

Frau Duggen teilt mit, dass dem Personalbericht keine ausreichenden Antworten auf die von ihr gestellten Fragen zu entnehmen seien. Die gestellte Anfrage werde sie dementsprechend aufrechterhalten.

Herr Lindenau weist darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage einige Monate, ggf. bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen werde.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.4 Anfrage des Ausschussmitglieds Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen):
Nichtteilnahme von Senator Hinsen an einem Gespräch mit der Gruppe Fri-
daysForFuture
Vorlage: VO/2019/07502**

Herr Senator Hinsen beantwortet die gestellten Fragen wie folgt mündlich:

Zu 1.:

Die Berichterstattung in den LN ist zutreffend.

Zu 2.:

Eine Absage erfolgte, da Herrn Senator Hinsen das Format nicht sinnvoll erschien.

Zu 3.:

Es sei eine Kommunikation per Email erfolgt, welche Herrn Hinsen dazu ermutigt habe, gemeinsam mit Herrn Bürgermeister Lindenau und Frau Senatorin Hagen am Donnerstag den 09.05.2019 einen Termin mit den Schülern wahrzunehmen.

Weiterhin führt Herr Senator Hinsen aus, dass er am 21.05.2019 im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (USO) eine Darstellung zu dem bereits erreichten vornehmen werde, sowie berichtet, welche Schritte und Maßnahmen zukünftig noch erforderlich seien, um in der Thematik des Klimaschutzes weiter voran zu kommen.

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg teilt Herr Senator Hinsen mit, dass die Anwesenheit der Initiative Fridays for Future im USO, sowie eine Vorstellung der Anliegen der Initiative durch den Ausschuss beschlossen werden müsse. Herr Senator Hinsen würde die Anwesenheit der Initiative sehr begrüßen.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt in diesem Zusammenhang ergänzend mit, dass seitens der Verwaltung Überlegungen bestünden den Klimaschutz als Themenschwerpunkt für die nächste Einwohnerversammlung zu wählen.

***Der Hauptausschuss nimmt die mündliche
Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.5 Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahlrechtsausschlüsse
in Lübeck
Vorlage: VO/2019/07509**

Keine Wortmeldung.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.5.1 Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Wahl-
rechtsausschlüsse in Lübeck, VO/2019/07509
Vorlage: VO/2019/07521**

Auf Nachfrage von Frau Zunft, ob Zahlen darüber vorliegen, wie viele Personen noch nachträglich in das Wählerverzeichnis aufgenommen worden seien, teilt Frau Lege mit, dass nach aktuellem Stand 12 Betreuer für ihre Betreuten einen Antrag gestellt haben. Noch bis Ende der 19. Kalenderwoche sei es möglich Widerspruch zu erheben.

Eine weitere Nachfrage von Frau Zunft beantwortet Frau Lege, dahingehend, dass Personen, welche in einer Justizvollzugsanstalt leben über die Einrichtungsleitung postalisch kontaktiert

werden. Ebenso verhält es sich bei Personen in Senioreneinrichtungen.

***Der Hauptausschuss nimmt die
Antwort zur Kenntnis.***

zu 3.6 NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. E-Tretroller

Herr Stolzenberg äußert Verwunderung darüber, dass es offenbar bereits eine Vereinbarung zwischen dem Stadtverkehr und dem schwedischen Unternehmen VOI zur Einführung eines E-Tretroller-Verleihsystems gebe ohne hierüber den Hauptausschuss zu unterrichten.

Herr Bürgermeister Lindenau führt hierzu erklärend aus, dass es sich in dieser Sache um den laufenden Betrieb der Gesellschaft handle. Hierüber werde in der Regel nie in den politischen Gremien berichtet. Der Stadtverkehr habe sich dazu entschieden eine Kooperation einzugehen. Hieraus entstehe kein wirtschaftliches Risiko. Die Information des Aufsichtsrates ist erfolgt. Darüber hinaus merkt Herr Bürgermeister Lindenau an, dass die Thematik im Senat diskutiert worden sei, mit dem Ergebnis, dass es sich um einen guten Ansatz handle, welchen der Stadtverkehr verfolgt.

Herr Stolzenberg merkt abschließend an, dass er sich, unabhängig der zuvor gemachten Ausführungen, wünschen würde, über die Absichten der städtischen Gesellschaften in den Ausschüssen diskutieren zu können.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.7 NEU: mündl. Mitteilung des AM Axel Flasbarth (Bündnis 90 / Die Grünen) betr. die Anfrage zum Grundstücksgeschäft am ZOB, St. Lorenz Süd VO/2019/07510

Herr Dr. Flasbarth teilt mit, dass er seine Anfrage zum Grundstücksgeschäft am ZOB (VO/2019/07510) aufrecht erhalten werde.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.8 NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90 7 Die Grünen) betr. Logistikhallen am Skandinavienkai

Herr Dr. Flasbarth nimmt Bezug auf einen Beschluss des Hauptausschusses aus dem Jahr 2018, mit welchem der Bau von zwei Logistikhallen beschlossen wurde und stellt diesbezüglich folgende Fragen:

- Ist es richtig, dass die Planungsarbeiten für die 2. geplante Halle gestoppt wurden?
- Wenn ja, hat der Bürgermeister selbst die Planungen gestoppt?
- Wenn ja, was sind die Gründe für den Stopp der Planungen?
- Warum gelten diese Gründe für die eine Logistikhalle und nicht für die andere?
- Welche Mitwirkungs- und Informationspflichten hat der Bürgermeister gegenüber den Gremien diesbezüglich?
- Welche Perspektive hat der Bürgermeister auf die beihilferechtliche Konformität des Baus der beiden Logistikhallen?
- In der Vorlage der Verwaltung hieß es, dass es bereits Verträge mit Kunden gebe. Welche Auswirkungen hat der Verzicht des Baus der 2. Logistikhalle auf die Geschäft-

te der LHG?

Eine Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage des AM Krause (CDU) betr. den Sachstand zum Verkehrs- und Mobilitätskonzept Travemünde

Herr Krause bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes zum Verkehrs- und Mobilitätskonzept Travemünde. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses ein entsprechendes Mobilitätskonzept vorliegen wird.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.10 NEU: mündl. Mitteilung Sen. Hagen betr. Dachausbau OzD

Frau Senatorin Hagen teilt Bezug nehmend auf ihre Ausführungen in der Sitzung des Hauptausschusses am 23.04.2019 zur Thematik des Dachausbaus an der OzD (TOP 3.4 in der Sitzung des Hauptausschusses am 23.04.2019) mit, dass Mittel in Höhe von 150.000 Euro geordnet seien. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden für November erwartet.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.11 NEU: mündl. Anfrage des AM stellv. AM Steffen (AfD) betr. die Situation am Krähenteich

Herr Steffen bittet Bezug nehmend auf die Situation am Krähenteich um Mitteilung, ob Kontakte zwischen der Verwaltung und der Bürgerinitiative bestehen und ob der Verwaltung eine Einladung der Bürgerinitiative vorliege.

Herr Senator Hinsen teilt hierzu mit, dass derzeit keine offizielle Einladung vorliege. Die Verwaltung sei sich jedoch über die aktuelle Situation am Krähenteich bewusst.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 3.12 NEU: mündl. Anfrage des AM Simon (CDU) betr. eingerüstete städtische Gebäude

Herr Steffen merkt an, dass in der Vergangenheit die Thematik eingerüsteter städtischer Gebäude besprochen wurde und bittet diesbezüglich um Angaben zu der Dauer und den Kosten der Einrüstungen der städtischen Gebäude, sowie den Kosten der Sanierungsarbeiten. Zudem bittet Herr Steffen um Erstellung einer Übersicht durch die Fachbereiche 4 und 5 für geplante Investitionstätigkeiten. Der Übersicht solle entnommen werden können, welche Maßnahmen sich in der Ausführung befinden, welche Maßnahmen sich in der Planung befinden.

den und 2019 ausgeführt werden, sowie welche für 2019 geplante Maßnahmen erst später realisiert werden können.

Herr Bürgermeister Lindenau merkt hierzu an, dass die geforderten Informationen jedes Jahr Teil der Haushaltsplanung seien und dieser entnommen werden können. Eine gesonderte Aufführung der geforderten Informationen würde einen erheblichen Arbeitsaufwand ohne zusätzlichen Erkenntnisgewinn bedeuten.

Es diskutieren hierzu im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Simon, Herr Bürgermeister Lindenau, der Vorsitzende, Herr Krause, Herr Dr. Flasbarth und Frau Senatorin Hagen.

Herr Fürter bittet in diesem Zusammenhang um Mitteilung, weshalb in der Hansestadt Lübeck nur zwei Schulen als Perspektivschulen gefördert werden. Im Vergleich zu Kiel sei diese Anzahl sehr gering. Frau Weiher teilt hierzu mit, dass sie sich gegenüber dem Ministerium bereits kritisch über das Missverhältnis der Anzahl der geförderten Schulen geäußert habe. Das Ministerium teilte hieraufhin mit, dass die Entscheidungen nach objektiven Auswahlkriterien getroffen wurden. Perspektivisch betrachtet könne für die Hansestadt Lübeck eine positive Entwicklung der Anzahl der geförderten Perspektivschulen erwartet werden.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

zu 4	Berichte
zu 4.1	Sachstand zum Hafenentwicklungsplan 2030 - Start des öffentlichen Beteiligungsverfahrens Vorlage: VO/2019/07403

Eine Nachfrage von Herrn Fürter betreffend die Gründe dafür, dass eine Beteiligung der Fraktionen in der AG Hafenentwicklung nicht vorgesehen sei, teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass die Beteiligung der Fraktionen über den Expertenbeirat erfolgt sei. In der AG Hafenentwicklung solle ein gesellschaftlicher Dialog erfolgen.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Stolzenberg führt Herr Kaschel erklärend aus, dass der Dialog in einem vertrauensvollen Rahmen erfolgen solle und daher die Tagungen nichtöffentlich seien.

Es diskutieren hierzu im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Steffen, Herr Krause, Frau Senatorin Hagen, Herr Stolzenberg, Herr Leber, Herr Kaschel, Herr Fürter, Herr Bürgermeister Lindenau und Herr Dr. Flasbarth.

Herr Stolzenberg beantragt, dass die Sitzungen der AG Hafenentwicklung öffentlich abgehalten werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss lehnt den Antrag
mehrheitlich (bei 5 Ja-Stimmen,
7 Nein-Stimmen) ab.***

***Der Hauptausschuss nimmt den Bericht
zur Kenntnis.***

zu 5	Beschlussvorlagen
zu 5.1	Verleihung der Goldenen Ehrendenkmünze "Bene Merenti" an die Possehl Stiftung Vorlage: VO/2019/07513

Keine Wortmeldung.

Beschlussvorschlag:

An die Possehl-Stiftung wird die Goldene Ehrendenkmünze „Bene Merenti“ verliehen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.2	Stadt-Grün verbindet - Freiraumprogramm für öffentliche Grün- und Freiflächen Vorlage: VO/2019/07070
---------------	---

Auf Nachfrage von Frau Duggen, wann die Gruppe F den Auftrag für den Klimalandschaftsplan erhalten habe, weist Herr Bürgermeister Lindenau darauf hin, dass auf der Homepage des Bereiches Umwelt, Natur und Verbraucherschutz - unv.luebeck.de - alle Landschaftsplan-konzepte hinterlegt und einzelne Maßnahmen einsehbar seien.

Eine weitere Nachfrage von Frau Duggen betreffend die Ausschreibungspflicht, beantwortet Frau Senatorin Hagen dahingehend, dass es sich um einen Planungsauftrag handle, deren Leistung vergeben werden dürfe. Frau Voskuhl führt hierzu ergänzend aus, dass hier bei Anknüpfungsaufträgen bis zu einem Wert in Höhe von 100.000 Euro keine Ausschreibungspflicht bestehe.

Frau Senatorin Hagen versichert, nach Äußerung von Bedenken durch Herrn Böhm, dass die Thematik der älteren Mitbürger*innen umfänglich berücksichtigt werde.

Beschlussvorschlag:

1. Für die Stadtgrün-Schwerpunkte Stadt-Gärten, Stadt-Plätze, Stadt-Wege, Stadt-Flur und halbprivate Nutzungsformen gelten die im Grundlagenbericht formulierten Ziele der Freiraumversorgung in der Hansestadt Lübeck.
2. Mit der Erstellung des Freiraumentwicklungsplans wird gruppe F Landschaftsarchitekten beauftragt, vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft zu Punkt 1.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (1 Gegenstimme), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.3 Instandsetzung der Straßenbrücke Vorrade (BW 77) - Projektfreigabe Vorlage: VO/2019/07377
--

Keine Wortmeldung.

Beschlussvorschlag:

Das Projekt „Instandsetzung Straßenbrücke Vorrade“ wird freigegeben.

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag.***

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 17:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und die nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:36 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

***Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 16. Mai 2019

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung